

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 51 (2024)
Heft: 2: Genug Konserven im eigenen Keller : die Schweiz legt wieder mehr Notvorräte an

Artikel: Atomwaffen verbieten: eigentlich ja, aber...
Autor: Forster, Christof
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077490>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Atomwaffen verbieten: eigentlich ja, aber ...

Die Schweiz strebt eine Welt ohne Kernwaffen an. Trotzdem will der Bundesrat vorderhand den Atomwaffenverbotsvertrag der Uno nicht unterzeichnen. Das hat auch mit der Annäherung an die Nato zu tun.

CHRISTOF FORSTER

Zum Selbstverständnis der Schweiz gehört – ihr Einsatz für Konfliktlösungen, Abrüstung und eine Welt in Frieden. Auch mit diesen Zielen vor Augen bewarb sich der Bundesrat für einen temporären Einsitz in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Noch bis Ende 2025 steht das Land zuvorderst auf der Weltbühne und debattiert mit den Grossmächten über politische Krisen, Sanktionen oder Friedensmissionen. Daher läge es auf der Hand, dass der Bundesrat ohne zu zögern den Uno-Kernwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. Die Schweiz nahm an den Verhandlungen teil und stimmte der Verabschiedung des Abkommens 2017 – mit Vorbehalten – zu.

Der Vertrag geht viel weiter als bestehende Abkommen auf diesem Gebiet. Er verbietet Herstellung, Besitz, Einsatz und Weitergabe von Atomwaffen. Auch Drohungen mit Nuklearwaffen und Tests sind verboten. Der Grundstein der heutigen nuklearen Weltordnung ist der 1968 verhandelte Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT). Diesen anerkannten die USA, Russland, Grossbritannien, Frankreich und China als Kernwaffenstaaten.

Die Schweizer Politik tut sich schwer mit dem Atomwaffenverbotsvertrag. Der Bundesrat findet zwar, der Vertrag schliesse eine Lücke. Im Unterschied zu biologischen und chemischen Waffen seien Kernwaffen die einzige Kategorie von Massenvernichtungswaffen, zu der es bis jetzt kein umfassendes Verbotsabkommen gegeben habe. Ein Beitritt wäre zudem Ausdruck der humanitären Tradition der Schweiz. Trotzdem steht der Bundesrat auf der Bremse. Der Vertrag sei das falsche Mittel, um diese Ziele zu erreichen, sagte Aussenminister Ignazio Cassis nach der Verabschiedung des Vertrags. An dieser Haltung hat sich bis heute nichts geändert.

Allerdings macht das Parlament Druck. Bereits mehrmals hat es die Regierung aufgefordert, den Vertrag zu unterzeichnen. Mitglieder aller Parteien fordern ein Verbot – allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Die Linke aus pazifistischen Motiven. Vertreter der SVP hingegen erhoffen sich von einem Beitritt, dass damit die Annäherung der Schweiz an die Nato schwieriger wird. Dieser Aspekt erklärt wohl auch das Zögern des Bundesrats. Mit dem Ukraine-Krieg ist das westliche Verteidigungsbündnis Nato wichtiger geworden für die Schweiz. Die geplante Beteiligung am Raketen-Schutzschild Sky Shield (siehe «Revue» 5/2023) ist der jüngste Schritt der Schweiz auf die Nato zu. Seit 1996 ist sie mittels der Partnerschaft für den Frieden ein Nato-Partnerland.



Befürworter halten dagegen, dass die Nato beispielsweise auch mit Österreich zusammenarbeitet, das den Vertrag unterzeichnet hat. Ein Beitritt der Schweiz würde deshalb die Sicherheitspolitik des Landes nicht schwächen. Allerdings üben westliche Staaten Druck aus auf die Schweiz, sich endgültig gegen den Vertrag zu entscheiden. Dasselbe passierte mit dem damals noch neutralen Schweden. Die Nato erhöht den Preis für ihre Freundschaft.

Diese Bedenken hat die Bundesverwaltung in ihrem Papier von 2018 bereits vorweggenommen. Dort heisst es, bei einem bewaffneten Angriff würde die Schweiz mit einiger Wahrscheinlichkeit mit Kernwaffenstaaten oder Bündnissen zusammenarbeiten. Mit einem Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag würde sich die Schweiz die Option verschliessen, sich im Rahmen solcher Bündnisse explizit unter einen Nuklearschirm zu stellen. Das Fazit der Bundesexperten ist klar: Aus aussen- und sicherheitspolitischer Sicht scheint der Beitritt zu einem Abkommen, das die Sicherheitsdoktrin der für die Schweiz relevantesten Partner nicht nur in Frage stellt, sondern mittels einer Stigmatisierungsagenda sogar direkt angreift, wenig ratsam.

Wachsende Nähe:
Nato-Generalsekretär
Jens Stoltenberg und
die Schweizer Ver-
teidigungsministerin
Viola Amherd, hier
nach einem gemein-
samen Treffen am
WEF 2022 in Davos.
Foto Keystone

Die Schweizer Atombombe. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg strebte die Schweiz den Bau eigener Atombomben an. Blog des Nationalmuseums zum Thema: revue.link/atombombe